

# „Eine künstlerische Intervention am Neuen Landhaus“

## Ein Beitrag zur Analyse eines „Wettbewerbs mit Dialogphasen“

Richard Schwarz

### Ausgangspunkt

Anfang 2023 schrieb der Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät Innsbruck und Zeithistoriker Dirk Rupnow in der Tiroler Tageszeitung einen „Brief an Tirol“, mit dem Titel „Erinnern muss öffentlich sein“. Darin gibt er einen Überblick über die Erforschung der regionalen NS-Geschichte, wo sich in Tirol in den letzten zehn Jahren viel getan habe. Auslöser war die Diskussion rund um die Veröffentlichung einer CD mit Werken des Tiroler Komponisten Josef Eduard Ploner. Das Begleitheft thematisierte kaum dessen Engagement für das NS-Regimes.

Als eine Reaktion darauf wurde 2013 ein Förderschwerpunkt „Erinnerungskultur“ durch das Land Tirol gesetzt, der eine Reihe von Forschungsprojekten ermöglichte. „Man kann wohl von einer neuen regionalen Welle der Aufarbeitung der NS-Zeit sprechen: Zahlreiche Gemeinden und Institutionen haben sich dem angeschlossen, eigene Projekte in Auftrag gegeben und ihre Geschichte durchleuchten lassen. Tirol könnte österreichweit als vorbildhaft gelten.“ (Rupnow 2023)

Doch es kam zu einem Ereignis, das nun all diese Bemühungen in den Schatten stellen würde, so Rupnow. Anfang 2022 lobte das Land Tirol einen „Wettbewerb für eine künstlerische Intervention am Neuen Landhaus“ aus.

„Als es aber um ein bleibendes, öffentliches Zeichen am Gebäude ging, also um das, was wir ‚Erinnerungskultur‘ nennen, stieg die Politik auf Blockade um. Offenbar hat man weniger Skrupel, in einem hochglanzsanierten Nazi-Bau zu arbeiten, als dass man eine kritische Stimme an der Fassade duldet, die uns an die problematische Geschichte des Gebäudes erinnert und nachdenken lässt, was dies für unsere Gegenwart bedeutet: eben Franz Wassermanns ‚Wir haften für unsere Geschichte‘.“ (Rupnow 2023)

Kurz zusammengefasst: Die Landesregierung lobte einen Wettbewerb aus, widmet diesem Geld und Arbeitszeit der Verwaltung, ein mehrstufiger Prozess mit externer Jury findet statt, die Jury kürt einen 1. Platz, eine Pressemitteilung nennt den 2. Platz als siegreichen Beitrag, Aufregung, einseitige Entscheidungen, kaum jemand zufrieden (zumindest äußern sich die nicht laut) – das dürfte nicht Sinn der Aktion gewesen sein?

### Einstieg

Das „Neue Landhaus“ wurde 1938/39 im Auftrag des NS-Regimes neben dem historischen Landhaus als „Gauhaus“ errichtet. Am Architekturwettbewerb durften nur Parteimitglieder teilnehmen. Der Siegerentwurf, demnach das Gebäude eine „Abstraktion eines auffliegenden Adlers“ sei, musste überarbeitet werden, um der NS-Propagandaarchitektur zu entsprechen. Nach seiner Realisierung war es die Schaltzentrale für Partei und Regime.

Diese Vergangenheit sollte eine „künstlerische Intervention“ sichtbar machen. Es sollte ein „Beitrag zur Erinnerungskultur“ werden – bisher ist es jedoch vor allem ein Beispiel dafür, wie sich Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Kunst aktuell begegnen.

Der Verfasser dieses Beitrags hat an Stufe 1 und Stufe 2 des Wettbewerbs teilgenommen und war dadurch z.T. in Gespräche und Kommunikation involviert. Das Konzept sah vor, eine künstlerische Verwaltungseinheit ins Leben zu rufen, die einen „Akt zwischen Gewalt und Verwaltung“ anlegt und so quasi die ‚Vergangenheit verwaltet‘.

Die Entwicklung des Wettbewerbs legte es nun allerdings nahe, dieses Konzept zu adaptieren. Nun soll der Wettbewerb ‚verwaltet‘ werden, ein Akt entstehen, der die Kultur der Kulturpolitik (und ihrer Beteiligten) betrachtet. Da bot der Kontext „Hegemonie“ und die Frage des Tracks „Was ist Kunst?“ im Rahmen des Momentum Kongress 2023 die Möglichkeit, diesen Ansatz einmal durchzuspielen, dafür die Ereignisse zu dokumentieren und zu deren Betrachtung theoretische Ansätze zu versammeln.

## **I. eine Chronologie der Ereignisse**

Um einen Überblick über den Wettbewerb und dessen Folgen zu geben, ist hier eine Auswahl an Ereignissen chronologisch versammelt:

### ***Februar 2022 – Wettbewerbsausschreibung***

„Der Gegenstand des Wettbewerbs ist die Erlangung von künstlerischen Entwürfen für die Errichtung einer, der gegenwärtigen Funktion des Neuen Landhauses angemessenen, künstlerischen Intervention, die sich mit der historischen Nutzung des Hauses als Sitz des NS Macht- und Unterdrückungsapparates kritisch auseinandersetzt und damit zur Reflexion über Vergangenheit und Gegenwart des Gebäudes anregt.“

Der Wettbewerb verlief in zwei Stufen. In der ersten wählte die Jury (regional und überregional mit Vertreterinnen aus Kultur, Wissenschaft und Verwaltung besetzt) aus den anonym eingereichten Ideenskizzen fünf für die zweite aus. In dieser kamen die Arbeiten von fünf im Vorhinein geladenen Teilnehmerinnen und Teilnehmern hinzu. Für die Ausarbeitung der Konzepte wurden Aufwandsentschädigungen (2.000 EUR) und für die ersten drei Ränge Preisgelder (von 5. bis 3.000 EUR) ausbezahlt.

### ***20. Juni 2022 – Juryentscheidung***

Die zehn Wettbewerbsbeiträge der 2. Stufe wurden in 10-15 minütigen Präsentationen durch die Einreichenden vorgestellt. Anschließend daran hatte die Jury 10 Minuten die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Das Ergebnis lautete schließlich: „Auf Antrag der Juryvorsitzenden wird das Projekt von Franz Wassermann mehrheitlich mit 10:1 Stimmen mit dem 1. Preis ausgezeichnet.“ Der 2. Preis ging an den Beitrag von Ramesch Daha + Architekturkollektiv AKT.

### ***13. Juli 2022 – Land Tirol, Pressemitteilung***

„Nun steht fest, welches Projekt umgesetzt wird: ‚Wir gratulieren der Künstlerin Ramesch Daha und dem Architekturkollektiv AKT, die uns mit ihrem Projekt *Balkensturz* überzeugt haben‘, freuen sich Kulturlandesrätin Beate Palfrader und der für Liegenschaften und Hochbau zuständige Landesrat Johannes Tratter.“

## **25. Juli 2022 – Ivona Jelcic, Der Standard: „Kritik an Vergabeprozessen in Tirol“**

„Mit keinem Wort erwähnt wurde darin [Pressemitteilung vom 13. Juli 2022] der eigentliche Wettbewerbssieger. Das sorgt auch bei den Jurymitgliedern für Irritation [...]. Im Sinne der Transparenz sollte ‚die Abkehr vom Siegerprojekt auch in der Öffentlichkeit diskutiert werden‘ [...]. Dass das nicht geschehen sei, [sei] der ‚eigentliche Skandal [...]‘.“

## **05. August 2022 – Landesrätin Beate Palfrader, Brief an WettbewerbsteilnehmerInnen**

„Zusammenfassend scheint mir zentral darauf hinzuweisen, dass die Landesregierung als Auslober die im Vorfeld festgelegten und in der Ausschreibung festgehaltenen Kriterien als Maßstab an die drei Empfehlungen der Jury angelegt und auf dieser Grundlage entschieden hat [...]. Für eines möchten wir uns an dieser Stelle dezidiert entschuldigen: Dass die drei erstgereihten KünstlerInnen mit ihren Projekten in der Presseaussendung des Landes nicht genannt wurden, ist ein nicht beabsichtigtes Versäumnis [...]“

## **11. August 2022 – Offener Brief an die Landesregierung Tirol**

In einem offenen Brief protestieren Teilnehmende des Wettbewerbs (der Verfasser dieses Abstracts ist nicht unter den Unterzeichnenden) gegen die Vorgangsweise der Tiroler Landesregierung:

„Eine hochkarätige Jury, der Expert\*innen aus Kunst und Kultur ebenso wie Vertreter\*innen der öffentlichen Hand angehörten, prämierte Franz Wassermanns Wettbewerbsbeitrag einstimmig als Siegerprojekt. Die Landesregierung hebelte diese Entscheidung nachträglich aus. [...] Kunst und Kultur, deren Vertreter\*innen wir sind, als politische Staffage zu benutzen, ist zurückzuweisen. Wir erwarten deshalb, dass der Vergabeprozess und die notwendigen Schritte für ein transparentes Verfahren der Auslobung entsprechend durchgeführt werden.“

## **August 2022 – Offener Brief des Vorstandes der Tiroler Künstler:innenschaft**

„Festgestellt wird, dass die Entscheidung über die Vergabe solcher Projekte formell immer bei den für das Ressort zuständigen Politiker:innen liegt. [...] Allerdings geben wir als Vorstand der Tiroler Künstler:innenschaft zu bedenken, dass durch die erfolgte Kommunikationsstrategie, die auf ein fehlendes Bewusstsein für die Notwendigkeit von Transparenz hindeutet, das gesamte Kunst-am-Bau Projekt inkl. Wettbewerb in der Öffentlichkeit abgewertet wird.“

## **25. September 2022**

In Tirol finden Landtagswahlen statt. Die ÖVP erhält dabei 35%, verliert damit fast 10%, doch weil mehr befürchtet wurde, ist es in der Darstellung fast schon gut. Der bisherige Partner in der Regierung, die Grünen, kommen auf 9%, die SPÖ auf 17%.

Die Regierung bilden ÖVP und SPÖ. In ihrem Regierungsprogramm „Stabilität in der Krise. Erneuerung für Tirol.“ wird über den Wert von Kunst und Kultur – gemeinsam mit Sport und Freizeitmöglichkeiten – geschrieben:

„Sie halten als unsichtbares Band unsere Gesellschaft zusammen, bieten Auszeit vom Alltag, fördern die psychische und physische Gesundheit, sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Zudem tragen sie wesentlich zur hohen Lebensqualität bei: für die Menschen, die hier leben ebenso wie für Gäste.“ (Land Tirol 2023, 21)

Ein „freies Kulturklima“ soll Platz für „modern und traditionell“ bieten. Kunst und Kultur sei „viel mehr als nur ein Baumeln lassen der Seele“. Dafür sollen auch „Einzelmaßnahmen in der Kulturförderung“ sorgen und mit Bezug zum Thema des Beitrags sei hier nur angeführt:

„Der Erinnerungskultur weiterhin einen hohen Stellenwert beimessen und den Förder- und Forschungsschwerpunkt „Erinnerungskultur“ in Kooperation mit der Universität Innsbruck fortsetzen.“ (Land Tirol 2023, 22)

## **22. März 2023**

Anfang September 2022 zogen Ramesch Daha und das Architekturkollektiv AKT ihr Projekt zurück. Nach der Regierungsbildung liegen die Agenden für Kultur bei Landeshauptmann Anton Mattle. In dieser Funktion lud er Mitte Jänner 2023 per Brief die Teilnehmenden der 2. Wettbewerbsstufe zu einem „Austausch“ über eine Ausstellung im Neuen Landhaus ein, da sie „in die Gestaltung [...] miteinbezogen“ werden sollten. Beim darauf folgenden Treffen Ende Februar stellte der Landeshauptmann seinen Wunsch nach „Vermittlung“ in den Fokus und ein Teil der Kunstschaffenden forderte die Umsetzung des Juryergebnisses; Stimmen, die auf gemeinsame Nenner und die Komplexität der Situation hinzuweisen versuchten, blieben im Hintergrund. Auf das Treffen folgte die Nachricht:

„Herr Landeshauptmann [...] hat aus dem Gespräch den Wunsch nach einer neutralen Präsentation der Wettbewerbsarbeiten mitgenommen: Diesem Wunsch möchten wir im Rahmen unserer Möglichkeiten nun auch nachkommen. [...] Davon unabhängig wird die Ausstellung im Festsaal und angrenzenden sogenannten Hofer-Zimmer [im Neuen Landhaus] umgesetzt [...].“ (Email an die Wettbewerbsteilnehmende vom 22.3.2023)

## **24. August 2023 – mark, Tiroler Tageszeitung: „Nazi-Symbole über den Köpfen“**

„Das Vorhaben, auf dem Eduard-Wallnöfer-Platz (vulgo Landhausplatz) die schwer belastete Geschichte des angrenzenden Gebäudes sichtbar zu machen, wurde von LH Anton Mattle (ÖVP) für ‚gescheitert‘ erklärt. Dies obwohl es an machbaren künstlerischen Einreichungen nicht mangelte. [...] Realisiert wird rein äußerlich vorerst gar nichts.“

Aus dem Inneren des Landhauses wird von den Vorbereitungen für eine Ausstellung berichtet, die ab 5. Oktober in den Räumen der „ehemaligen Nazi-Machtzentrale in Tirol“ die „Geschichte des Gauhauses und von Menschen, die hier gearbeitet haben“, erzählen wird.

Die aktuelle Situation des Wettbewerbs (Stand September 2023), die Resultat von (irgendwie) nachvollziehbaren aber mehrheitlich ‚stumm‘ (und damit doch ‚unverständlich‘) getroffenen Entscheidungen ist, bedeutet: ‚Die‘ Kunst ist nicht, wie z.B. ‚die‘ Wissenschaft, Teil der Vermittlung und damit der Erinnerungskultur. Sie steht am Rande des Diskurses, wo sie eigentlich mitten drin sein müsste. Mit der „neutralen Präsentation“ – vermutlich einer Art Ausstellung – ‚stellt‘ sie aus oder wird ‚aus (dem Weg) gestellt‘.

## II. Abstand nehmen

In die ‚Geschichte‘ involviert zu sein, bringt natürlich mit sich, Abläufe und Emotionen erlebt zu haben; und genau das kann jedoch verhindern, dass eine möglichst vielstimmige Erkenntnis daraus abgeleitet werden kann. Aus diesem Grund ein Schritt zurück auf das Feld der Kulturwissenschaft.

### ***Künstlerin / Künstler!?***

„Künstler. Das sind Künstlerinnen im weiteren Sinne, also alle ganz oder teilweise selbstständigen Kulturarbeiterinnen. Es sind gar nicht so sehr Angehörige eines bestimmten Berufs als eher Figuren der Emanzipation von sozialen Zuschreibungen, Rollen, Funktionen und Aufgaben. Drinnen und draußen zugleich: Künstler und Denkerin wären dann Figuren von Arbeit und Leben wider die Autorität der jeweiligen Institutionen — die professionellen Felder von Kunst, Wissenschaft, Literatur, Musik und Journalismus. Figuren einer Arbeit gegen die Rollenidentität, die man »als Profi« einnimmt.“ (Hirsch 2022, 12f.)

Der Philosoph, Politikwissenschaftler und Kunsttheoretiker Michael Hirsch fasst hier für sein Werk „Kulturarbeit. Progressive Desillusionierung und professionelle Amateure“ sehr hilfreich zusammen, woran im Weiteren bei den Begriffen „Kunst“ und „Kulturarbeit“ gedacht wird.

Um die ‚Nicht-Rolle‘ von Kunst (be)greifbarer und damit hilfreicher für die Analyse der zuvor beschriebenen Geschehnisse werden zu lassen, wird über ihr Verhältnis zum Rest der Welt anhand der Begriffe „Hegemonie“ und „Kultur“ nachgedacht.

Die Grundlagen dafür liefern hier Antonio Gramsci und Sigmund Freud. Die angeführten Überlegungen stammen aus den 1930ern und 1940ern. Das damalige Zeitgeschehen, deren Beobachtung und am eigenen Leib erlebte Konsequenzen haben sich in die Texte direkt und (vermutlich) indirekt eingeschrieben; das hoffentlich nicht vergessend, sind die Gedanken interessante Ansatzpunkte, um die Gegenwart zu betrachten.

### ***Antonio Gramsci: Hegemonie***

Der Begriff „Hegemonie“ scheint das undefinierbare mit sich zu bringen. Das deuten zumindest jene Passagen an, wie sie der Tischler und Historiker Harald Neubert in seinem Werk zu Gramsci und zum Verhältnis „Hegemonie - Zivilgesellschaft – Partei“ versammelt. Hegemonie ist nichts Fixes, ständig im Werden. Es geht um Beziehungen und Verhältnisse; und am besten wird nicht in „die einen“ und „die anderen“ gedacht. „[...] Gramsci war ohne Zweifel der Auffassung, dass er die beiden Kategorien — Zivilgesellschaft und Staat — lediglich in methodologischer Hinsicht unterscheidet, während er betont, dass sie in der gesellschaftlichen Praxis eine untrennbare Einheit bilden [...].“ (Neubert 2022, 54) Eine Forderung wie „Weniger Staat, mehr privat!“ ist demzufolge widersinnig, da die Umsetzung dieser Parole wiederum eine staatliche Vorgabe wäre. Methodologische Unterscheidungen sollten somit zu keinen Grenzziehungen führen.

Sich so der Funktion (unserer gegenwärtigen) Gesellschaft anzunähern, begreift sie vielmehr als Sitzen-in-einem-Boot (im Gegensatz zu einer Aufteilung, in der es die-da-oben gibt). Trotzdem herrschen Machtverhältnisse.

„Die Machtausübung besteht [Gramscis] Meinung nach aus zwei unterschiedlichen Funktionen: aus der Herrschaft und aus der Führung, das heißt der Hegemonie: Die Herrschaft wird gegen jene ausgeübt, gegen die sich die Macht richtet, die also von ihr,

das heißt aus der politischen Gesellschaft ausgeschlossen sind, dennoch aber ein Teil der zivilen Gesellschaft darstellen; die Hegemonie erwächst aus der zivilen Gesellschaft und ist politische, geistige, kulturelle und moralische Führung in der Gesellschaft, das heißt, der erlangte Einfluss auf Mehrheiten; Hegemonie ist kein Anspruch, sondern eine von den Partnern gebilligte, anerkannte Führungsfunktion jener Kraft, die sich als hegemoniefähig erweist; Hegemonie beruht auf Zustimmung, Gleichberechtigung, Anerkennung, auf Konsens seitens derer, auf die sie sich erstreckt; Hegemonie ist eine Voraussetzung sowie eine ständige Bedingung für Machtausübung im Allgemeinen, für Herrschaft im Besonderen.“ (Neubert 2022, 64)

Legitimation und Stabilität von Macht stehen somit in demokratischen Gesellschaften in direktem Zusammenhang mit dem ‚Zustand‘, in dem sich die zivile Gesellschaft befindet. Der Zustand erinnert an das Zitat des Staats- und Verwaltungsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde, dem „Böckenförde-Dictum“:

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ (Böckenförde 1991, 112)

Das bedingt eine entsprechende politische Kultur, eine Kombination aus Zwang und Konsens, wie sie Gramsci für das „parlamentarische Regime“ sieht und wo im Idealfall letzterer überwiegt. Gewalt ist dabei ein Indiz für fehlende Macht. Damit Zwang und im Extremfall Macht nicht zur Durchsetzung eigener Interessen nötig werden, ‚arbeiten‘ sowohl staatliche als auch nicht-staatliche Akteure an der ‚Öffentlichkeit‘.

Für Gramsci kommt dabei Intellektuellen, wozu Kunstschaffende gezählt werden könnten, eine besondere Rolle zu. Jede „bestimmte Klasse oder soziale Gruppe“ würde sich ihre „organischen“ Intellektuellen selbst schaffen, als ein Mittel um die Herrschaft zu erringen, zu erhalten und zu rechtfertigen.

„Die Intellektuellen sind die ‚Gehilfen‘ der herrschenden Gruppe bei der Ausübung der subalternen Funktionen der gesellschaftlichen Hegemonie und der politischen Regierung, nämlich 1. des ‚spontanen‘ Konsenses, den die großen Massen der Bevölkerung der von der herrschenden grundlegenden Gruppe geprägten Ausrichtung des gesellschaftlichen Lebens geben, eines Konsenses, der ‚historisch‘ aus dem Prestige (und folglich aus dem Vertrauen) hervorgeht, das der herrschenden Gruppe aus ihrer Stellung und ihrer Funktion in der Welt der Produktion erwächst; 2. des staatlichen Zwangsapparates, der ‚legal‘ die Disziplin derjenigen Gruppen gewährleistet, die weder aktiv noch passiv ‚zustimmen‘...“. (Gramsci 1996, 1502)

Vom Geschick der jeweiligen Intellektuellen würde es somit abhängen, ob die Vermittlung zwischen politischer und ziviler Gesellschaft gelingt – und sich damit das machterhaltende Gleichgewicht der Hegemonie einstellt. Wenn nicht, führt dies für Gramsci zur „Krise der Macht“ (italienisch: „crisi di autorità“) und – da alles mit allem in Verbindung steht – damit zu einer Krise der Gesellschaft insgesamt.

### **Sigmund Freud: Kultur**

In seinem Text „Das Unbehagen an der Kultur“ wundert sich Sigmund Freud darüber, wenn es heißt, „[...] einen großen Teil der Schuld an unserem Elend trage unsere sogenannte Kultur; wir wären viel glücklicher, wenn wir sie aufgeben und in primitive Verhältnisse zurückfinden würden“ und liefert im Zuge dessen eine Definition für Kultur:

„Ich heiÙe [diese Behauptung] erstaunlich, weil – wie immer man den Begriff Kultur bestimmen mag – es doch feststeht, daÙ alles, womit wir uns gegen die Bedrohung aus den Quellen des Leidens zu schützen versuchen, eben der nämlichen Kultur zugehört.“  
(Freud 1989, 217)

Grob zusammengefasst könnte ein kleinster gemeinsamer Nenner des Begriffs sein, dass Kultur den Menschen gegen Umwelteinflüsse schützen soll und Arten und Weisen von Beziehungen unter den Menschen finden lässt.

Für Freud hat Kultur keine Richtung hin zur Vervollkommnung, wie sie das Konzept des Fortschritts benötigt; sie ist vielmehr ein „eigenartiger Prozess, der über die Menschheit abläuft, an dem uns manches wie vertraut anmutet“ (Freud 1989, 226) – und ihr größtes Hindernis ist die „konstitutionelle Neigung der Menschen zur Aggression gegeneinander“ (Freud 1989, 267). Um ihr entgegenzuwirken sei „Kulturarbeit“ nötig, damit es nicht den „Zwang“, oder in seinen Worten, die „Ethik“ brauche.

„Das Gebot ‚Liebe deinen Nächsten wie dich selbst‘ ist die stärkste Abwehr der menschlichen Aggression und ein ausgezeichnetes Beispiel für das unpsychologische Vorgehen des Kultur-Über-Ichs. Das Gebot ist undurchführbar; eine so großartige Inflation der Liebe kann nur deren Wert herabsetzen, nicht die Not beseitigen. Die Kultur vernachlässigt all das; sie mahnt nur, je schwerer die Befolgung der Vorschrift ist, desto verdienstvoller ist sie. Allein wer in der gegenwärtigen Kultur eine solche Vorschrift einhält, setzt sich nur in Nachteil gegen den, der sich über sie hinaussetzt. Wie gewaltig muß das Kulturhindernis der Aggression sein, wenn die Abwehr derselben ebenso unglücklich machen kann wie die Aggression selbst! Die sogenannte natürliche Ethik hat hier nichts zu bieten außer der narzißtischen Befriedigung, sich für besser halten zu dürfen, als die anderen sind. Die Ethik, die sich an die Religion anlehnt, lässt hier ihre Versprechungen eines besseren Jenseits eingreifen. Ich meine, solange sich die Tugend nicht schon auf Erden lohnt, wird die Ethik vergeblich predigen.“ (Freud 1989, 268)

Wenn Kultur somit ‚gut arbeitet‘, fallen uns all die Mühen, die Unbehagen bereiten, möglichst leicht, um ein qualitativ ansprechendes Miteinander zu gestalten.

Dass es Mühe macht, sich auf die Gemeinschaft einzulassen, liegt wohl auch daran, dass jeder und jede für sich einen Kompromiss finden muss:

„die individuelle Entwicklung erscheint uns als ein Produkt der Interferenz zweier Strebungen, des Strebens nach Glück, das wir gewöhnlich ‚egoistisch‘, und des Strebens nach Vereinigung mit den anderen in der Gemeinschaft, das wir ‚altruistisch‘ heißen.“ (Freud 1989, 265)

Dieser Kompromiss betrifft auch den Zusammenschluss in Form eines Staates. Wenn nicht Kultur Beziehungen regelt, gilt das Recht des Stärkeren;

„[...] d.h. der physisch Stärkere würde sie im Sinne seiner Interessen und Triebregungen entscheiden. Daran änderte sich nichts, wenn dieser Stärkere seinerseits einen einzelnen noch Stärkeren fände. Das menschliche Zusammenleben wird erst ermöglicht, wenn sich eine Mehrheit zusammenfindet, die stärker ist als jeder Einzelne und gegen jeden Einzelnen zusammenhält. Die Macht dieser Gemeinschaft stellt sich nun als ‚Recht‘ der Macht des Einzelnen, die als ‚rohe Gewalt‘ verurteilt wird, entgegen. Diese Ersetzung der Macht des Einzelnen durch die der Gemeinschaft ist der entscheidende kulturelle Schritt.“ (Freud 1989, 225)

Kultur ist die Grundlage für ein gemeinsames Zusammenleben; und entscheidend ist, dass es nur gemeinsam gedacht werden kann, weshalb Freud festhält:

„Die individuelle Freiheit ist kein Kulturgut. Sie war am größten vor jeder Kultur, allerdings damals meist ohne Wert, weil das Individuum kaum imstande war, sie zu verteidigen. Durch die Kulturentwicklung erfährt sie Einschränkungen, und die Gerechtigkeit fordert, daß keinem diese Einschränkungen erspart werden. Was sich in einer menschlichen Gemeinschaft als Freiheitsdrang rührt, kann Auflehnung gegen eine bestehende Ungerechtigkeit sein und so einer weiteren Entwicklung der Kultur günstig werden, mit der Kultur verträglich bleiben. Es kann aber auch dem Rest der ursprünglichen, von der Kultur ungebändigten Persönlichkeit entstammen und so Grundlage der Kulturfeindseligkeit werden.“ (Freud 1989, 226)

Die Kunst an der Kulturarbeit scheint somit, den Freiheitsdrang so zu entwickeln, dass die Gemeinschaft eine Verbesserung erfährt.

### **III. „die herrschende Ästhetik ist die Ästhetik der Herrschenden“**

Studierende der Münchner Kunstakademie wurden 1970 vom Kunstverein München eingeladen, sich an der Ausstellung „Verändert die Welt! Poesie muss von allen gemacht werden!“ zu beteiligen. Sie nutzten die Plattform, um gegen Dozenten zu demonstrieren, die für das NS-Regime künstlerisch tätig waren; einer der Schriftzüge lautete: „Die herrschende Ästhetik ist die Ästhetik der Herrschenden“. Die dadurch ausgelösten Diskussionen führten dazu, dass die Ausstellung vorzeitig beendet wurde.

Trotz (oder wegen?) dem vorzeitigen Ende war diese Auseinandersetzung ein beispielhafter Beitrag dazu, wie sich – im Rückblick von 50 Jahren – Kulturarbeit veränderte. Fragen nach der ‚Qualität‘ von Kunst und den Mitteln, wie an Kultur gearbeitet werden sollte, wurden gestellt: Wer darf daran mitwirken, wer gehört zu den ‚Herrschenden‘? Und hier sollte die Antwort wohl lauten: Möglichst viele. Schwer greifbar wird so allerdings der ‚Auftraggeber‘ (vielleicht sogar allgemeiner das Gegenüber). Kein ‚Fürst‘ erteilt mehr den Auftrag, stattdessen sieht man sich quasi mit der Hegemonie konfrontiert. Dies hat Auswirkungen auf das Kulturschaffen und es stellen sich Fragen, wie jene von Fabian Burstein in seiner Streitschrift „Eroberung des Elfenbeinturms“ von 2022:

„Der Kulturbetrieb muss sich endlich wieder die existenzielle Frage nach dem Sinn des eigenen Handelns stellen. Jeder Tag, jedes Konzept, jede Produktion muss mit beschwerlichen Erkundungen beginnen: Warum tun wir das eigentlich? Welchen konkreten Sinn hat unser Wirken? Welche Menschen sollen von einem Angebot profitieren? Und: Können wir es uns weiterhin erlauben, die immer gleichen Inhalte neu verpackt zu reproduzieren oder müssen wir etwas Neues wagen?“ (Burstein 2022, 24)

Wenn die Antwort auf die Frage, ob wir Neues wagen müssen, ein „Ja“ ist, dann müssen sich auch die Vorstellungen von Kunst (und ihrer Ermöglichung) allgemein ändern; was bereits seit Jahrzehnten geschieht, auch wenn diese Teile der Gesellschaft wohl eher klein sind.

Seit 1993 setzt die Künstlergruppe WochenKlausur soziale Interventionen als Kunstwerke um. Ziel ist nicht (primär) ein dingliches Werk sondern Verbesserungen im Zusammenleben. Dieser Kunstbegriff – einmal als Behauptung formuliert – ist nicht Teil der Hegemonie Österreichs. Ein Zeichen dafür ist, dass eine der WochenKlausur häufig gestellte Frage lautet: „Was haben die WochenKlausur Projekte mit Kunst zu tun?“



„Kunst kann immer nur sein, was die Menschen wollen, dass sie sei. Das ist keine Frage des Konsens, es müssen nicht alle eine Vorstellung von Kunst teilen. Vielmehr finden sich die Menschen, die ein und denselben Kunstbegriff mehr oder weniger gemeinsam verwenden, in Gruppen. Sie finden sich über einen gemeinsamen Kunstbegriff, wie sie sich über ihre Anschauungen zu Fragen der Religion, der Moral oder der Politik finden. Versteht eine Gruppe unter ‚Kunst‘ den akademischen Begriff des frühen 19. Jahrhunderts, also die Beherrschung des Handwerks, die Idealvorstellung von einer verbindlichen Schönheit und die materiellen Kunstobjekte, kommt sie mit anderen ins Gehege, die umgekehrt die Prozesse statt der Werke als Kunst sehen wollen. Will eine Gruppe von der Kunst Zerstreung und Spektakel, Erlebnisse und Ereignisse zur Auffettung der Freizeit, so steht sie im Widerspruch zu einer anderen Gruppe, die der Kunst Ehrfurcht, Andacht und Kontemplation entgegenbringt. Wieder ein anderes Verständnis von Kunst sieht so aus: genug konsumiert und genug gekniet. Es ist dies ein Verständnis, das sich mitverantwortlich fühlt für die sozialen, politischen und ökonomischen Bedingungen, in denen wir leben. [...]

Natürlich stellt sich sofort die Frage, wer in der Gesellschaft bestimmt, was als Kunst anerkannt wird und welche Maßstäbe dafür angelegt werden. Ist es die Mehrheit? Sind es elitäre Zirkel oder ‚mafiose ExpertInnen‘, die sich alles untereinander ausmachen? Marcel Duchamp hat schon darauf hingewiesen, dass im Louvre genauso gut auch andere Bilder hängen könnten. Immerhin müssen irgendwelche bestimmende Kräfte wirken, denn, obwohl alles Kunst sein kann, ist doch nicht alles Kunst. Offensichtlich gibt es Vorstellungen und Kriterien im Hintergrund, die bestimmend wirken und dafür verantwortlich sind, was zuletzt anerkannt wird.“ (WochenKlausur, 2023)

Die Anerkennung bestimmt, was sich (politisch) durchsetzen lässt. Bleiben somit die Vorstellungen und Kriterien wie gehabt erhalten, verbleiben vermutlich auch Entwürfe für alternative Wirklichkeiten und Möglichkeiten in den Köpfen oder Schubladen Einzelner oder kleiner Gruppen.

#### **IV. Ausblick**

Damit wieder einen Schritt vor zum „Wettbewerb für eine künstlerische Intervention am Neuen Landhaus“ und der Suche nach Erkenntnissen, die sich davon ableiten lassen. Eine künstlerische Verwaltungseinheit soll dafür einen Akt anlegen und sich anhand von Fragen mit der Dynamik des Wettbewerbs und den daraus resultierenden Entscheidungen befassen, wie z.B.:

- Mit welchem Anspruch an die künstlerische Intervention gingen die Beteiligten in den Wettbewerb? Welche Motivation vermuteten sie bei den anderen Beteiligten?
- An wen dachten sie bei der Einreichung? Oder an wen dachten sie bei der Entscheidung?
- Wie wird die eigene gesellschaftliche Rolle beurteilt? Wie die der anderen Beteiligten?

Die Auswertung der Antworten soll ein Bericht zugänglich und so die Ereignisse nachvollziehbar(er) machen (im Idealfall als Grundlage für folgende Aufeinandertreffen von Kunst und Politik); so die Idee für ein Konzept, für das hier eine erste Grundlage erstellt wurde. In dieser Form steht es zur Diskussion: Kann eine derartige Intervention eine sinnvolle Reaktion sein? Kann eine Art Aufarbeitung unter diesen Bedingungen gelingen?

Der Wettbewerb sei gescheitert. Damit wird der Landeshauptmann mehrfach in der Berichterstattung zitiert. Scheitern beinhaltet immer die Möglichkeit, etwas zu lernen; und das motiviert zur Auseinandersetzung mit diesem Fall: Warum kam hier – trotz Dialogphase – nicht wirklich ein Dialog zustande; vor allem weil dadurch wohl beide Seiten nichts gewonnen haben(?).

## Literaturverzeichnis

Böckenförde, Ernst-Wolfgang. *Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte*. Frankfurt: Suhrkamp, 1991.

Burstein, Fabian. *Eroberung des Elfenbeinturms: Streitschrift für eine bessere Kultur*. Erste Auflage. Wien: Edition Atelier, 2022.

Freud, Sigmund. *Fragen der Gesellschaft Ursprünge der Religion*. Studienausgabe 9. Frankfurt am Main: S. Fischer Verl, 1989.

Gramsci, Antonio. *Gefängnishefte*. Bd. 7. Hamburg: Argument-Verl., 1996.

Hirsch, Michael. *Kulturarbeit: progressive Desillusionierung und professionelle Amateure*. Kleiner Stimmungs-Atlas in Einzelbänden, Bd. 30. Hamburg: Textem Verlag, 2022.

Land Tirol. *Stabilität in der Krise. Erneuerung für Tirol*. Regierungsprogramm für Tirol 2022 - 2027. Zugegriffen 2. September 2023.

[https://www.tirol.gv.at/fileadmin/bilder/navigation/regierung/2022/Regierungsprogramm\\_2022\\_Stabilitaet\\_Erneuerung.pdf](https://www.tirol.gv.at/fileadmin/bilder/navigation/regierung/2022/Regierungsprogramm_2022_Stabilitaet_Erneuerung.pdf).

Neubert, Harald. *Einführung Gramsci: Hegemonie - Zivilgesellschaft - Partei: ein hellrotes Bändchen aus 50 Jahren Verlagsarbeit*. Hamburg: VSA: Verlag, 2022.

Rupnow, Dirk. *Erinnern muss öffentlich sein*. Brief an Tirol. In: *Tiroler Tageszeitung*, 26.2.2023, S.5

WochenKlausur. *Was haben die WochenKlausur Projekte mit Kunst zu tun?* Zugegriffen 18. Juni 2023. [https://wochenklausur.at/faq\\_detail.php?lang=de&id=14](https://wochenklausur.at/faq_detail.php?lang=de&id=14);